

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	547
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	617/2017 Neufassung
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	14.11.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	der Vorsitzende,		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / fr		
Betreff:	Rosenstein Weiteres Vorgehen Planung, Beteiligung, Kommunikation		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 24.10.2017, öffentlich, Nr. 511

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 17.10.2017, GRDs 617/2017 Neufassung, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den internationalen städtebaulichen Ideenwettbewerb (Anlage 1) für den Rosenstein (Flächen A2, A3, B, C1, C2) (Anlage 2) vorzubereiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat rechtzeitig vor der Auslobung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs einen Vorschlag für zukünftige Nutzungen im "Kulturquartier" vorzuschlagen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Architektenwettbewerb für das zukünftige "Kulturquartier" am Straßburger Platz vorzubereiten. Grundlage dazu wird das Ergebnis des städtebaulichen Ideenwettbewerbs sein.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Zielbeschluss zur Verlagerung des Verkehrs von der Schillerstraße auf die Wolframstraße weiter zu bearbeiten und die Vorbereitungen für den Wettbewerb zum Arnulf-Klett-Platz und der Schillerstraße zu treffen.
5. Vom vorgelegten Zeitplan und den Meilensteinen wird zustimmend Kenntnis genommen (Anlage 3).
6. Vom Vorschlag zum Umgang mit der Topographie wird zustimmend Kenntnis genommen.
7. Die Aufstellung der Bestandsbauwerke wird zur Kenntnis genommen (Anlagen 4a und 4b).
8. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Vorschlag zur Steuerungsstruktur des Gesamtprojektes inkl. der Vermarktung der Grundstücke vorzulegen.
9. Von der verwaltungsinternen Projektstruktur sowie der Umbenennung des Ausschusses Stuttgart 21 in Ausschuss Stuttgart 21/Rosenstein wird zustimmend Kenntnis genommen (Anlage 5).

OB Kuhn verweist auf die Beratung in den Bezirksbeiräten Mitte, Nord und Ost.

BM Pätzold berichtet, der Bezirksbeirat Mitte habe der Vorlage bei 1 Enthaltung zugestimmt, der Bezirksbeirat Ost habe ihr mit 3 Gegenstimmen zugestimmt und der Bezirksbeirat Nord mit 2 Gegenstimmen. Die Bezirksbeiräte hätten schon viele Details diskutiert, die Aufgabe bzw. Inhalt der Ausschreibung des Wettbewerbs sein würden. Es sei u. a. um Fragen der Nutzung gegangen, um die vorgesehenen mindestens 7.500 Wohneinheiten, die zu einem Anteil im kostengünstigen und geförderten Wohnraum entstehen sollen. Auch die Vorgaben der Topographie hätten eine Rolle gespielt. Es werde von der Topographie aus dem Vertrag und aus der Planfeststellung ausgegangen. Wie auch aus dem Gemeinderat beantragt worden sei, werde die Topographie im Wettbewerb als Aufgabe gestellt werden, weil die Topographie einen wesentlichen Einfluss auf die Verbindung der Flächen mit den umliegenden Bereichen habe.

Das Thema der Nutzungen auf dem A3-Gelände, hier vor allem auch die Nutzung des Auftaktgrundstücks am Straßburger Platz, werde sowohl in den Bezirksbeiräten noch einmal diskutiert werden als auch ein Element der Bürgerbeteiligung bei den Wettbewerben sein. Wenn der Gemeinderat der Vorlage zustimme, werde die Verwaltung in die Erarbeitung der Wettbewerbsvorbereitung eintreten. Wie angekündigt würden die notwendigen Vorlagen zur Entscheidung vorgelegt.

StR Kotz (CDU) dankt für die Neufassung der GRDRs 617/2017, die im Schwerpunkt die Themen aufgreife aus den gemeinsamen Anträgen Nr. 68/2017 vom 10.03.2017 der CDU-, SPD-, Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion sowie der FDP, "Das neue Rosensteinquartier konkret entwickeln: bis zur Sommerpause 2017 technische Grundlagen ermitteln" und Nr. 154/2017 der CDU-, SPD-, Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion sowie der FDP, "Stuttgart 21 - Die städtebauliche Jahrhundertchance". Auch die Diskussion bei der Einbringung der Ursprungsvorlage sei verinnerlicht worden. In ganz unterschied-

lichen Bereichen, von der Kommunikation bis zu den Architektenwettbewerben, würden schon die Eckpunkte festgelegt und die Aufgaben der Verwaltung für die nächsten Jahre dargelegt.

Zum Thema "Kulturquartier" habe sich OB Kuhn so geäußert, dass er sich für das Auftaktgrundstück A2/A3 auch alle drei von den Antragstellern zur Auswahl genannten Nutzungen - Kultur- und Kongresszentrum, Philharmonie und Lindenmuseum - vorstellen könne, fährt StR Kotz fort. Er wünsche sich, dass ein Nutzungskonzept für das Grundstück in einem Verfahren mit mehreren Stufen gemeinsam mit dem Gemeinderat erarbeitet werde, vielleicht im umbenannten Ausschuss Stuttgart 21/Rosenstein. Es seien noch viele offene Fragen zu diskutieren. Mit dem von ihm vorgeschlagenen Vorgehen könne eine entsprechende Vorlage die breite Zustimmung des Rates erfahren.

Zur Bürgerbeteiligung sei zu sagen, dass sich die Teilnehmer des Forums Rosenstein gewünscht haben, dass es in irgendeiner Form weitergeht. Er bitte um Auskunft, ob dazu vonseiten der Verwaltung eine "Minimalbegleitung" geplant sei. Er schlage vor, dass für die anstehenden Wettbewerbe, den städtebaulichen Ideenwettbewerb und den Architektenwettbewerb für das Kulturquartier, aus den Reihen der Forumsteilnehmer eine Person, nicht stimmberechtigt, aber beratend, in die entsprechenden Gremien mit hinein gehe. Weiter erkundigt sich StR Kotz nach dem Stand beim geplanten Informationsstandort im Bereich der Baustelle.

StR Winter (90/GRÜNE) versteht die Vorlage als Vorschlag für das weitere Vorgehen. Viele Dinge würden aufgerufen, die im weiteren Verfahren in Ruhe zu diskutieren und zu entscheiden seien. Das betreffe auch das Kulturquartier. Aussagen zu Kubatur und Konzeption seien noch nicht getroffen. Ob zum Beispiel das Lindenmuseum zu einem Haus der Kulturen werde, müsse auch mit einer Beteiligungsform geklärt werden. In der stattgefundenen Beteiligung und in der heutigen Vorlage sehe er eine gute Vorbereitung für die nachfolgenden Schritte. Auch im weiteren Verfahren würden Beteiligungsformen eine große Rolle spielen.

StR Körner (SPD) erinnert daran, dass der gemeinsame Antrag Nr. 154/2017 von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Mai als "Störfeuer" bezeichnet worden ist. Der Antrag beabsichtige, vor der Auslobung des Wettbewerbs ein paar Leitplanken zu definieren. Die Neufassung der Vorlage zeige, dass dieses "Störfeuer" sinnvoll und zielführend gewesen sei und einen guten Prozess der Diskussion angestoßen habe. Das heutige Zwischenergebnis könne sich sehen lassen. Wichtig sei, eine Balance zu finden zwischen der Offenheit für den Wettbewerb und der Vorgabe von konzeptionellen Vorstellungen.

Hierzu sei in der Vorlage klar formuliert worden, dass das neue Quartier ein urbanes Quartier sein soll, mit Platz für das Wohnen, das Arbeiten und mit einer urbanen Dichte, die vielleicht den Gründerzeitvierteln im Stuttgarter Westen entspreche. Bezahlbarer Wohnraum in einem urbanen Quartier könne aber nur dann erreicht werden, wenn die Grundstücke nicht für die Spekulation freigegeben würden. Er bedanke sich ausdrücklich dafür, dass die Beschlussantragsziffer 8 mit in die Neufassung aufgenommen worden sei. Hans-Jochen-Vogel habe für München sehr zugespitzt formuliert, dass das fast schon ein sozialer Skandal ist, wie sich die Grundstückspreise in den letzten Jahren entwickelt haben, wer davon profitiert und wer davon in erheblichem Maße finanziell belastet wird. Über die Grundstücks- und Bodenpolitik in Stuttgart müsse noch sehr viel grundsätzlicher nachgedacht werden. Beim Rosensteinquartier, das in städtischer Hand

sei, hätten Stadt und Gemeinderat dafür zu sorgen, dass nicht spekuliert werde und sich alle das Wohnen dort leisten könnten, "die, die wenig Geld haben und natürlich auch die, die ein normales Einkommen haben". Für den Wettbewerb klar vorgegeben werden müsse auch die Parkerweiterung, sowohl in Richtung Schlossgarten als auch in Richtung Rosensteinpark.

Bis Anfang 2018 müssten die Vorgaben zum Kulturquartier geklärt werden, so StR Körner weiter. Die vom Aufbruch Stuttgart e. V. geäußerte Kritik beziehe sich wohl darauf, dass seitens der Stadt einerseits der Ausbau der Kulturmeile propagiert werde, andererseits OB Kuhn nun ein Kulturquartier hinter dem Hauptbahnhof mit Kultur- und Kongresszentrum, Lindenmuseum und Philharmonie ins Spiel gebracht habe. Diese Einrichtungen dort nur deshalb vorzusehen, weil Platz für alle drei vorhanden sei, entspreche nach seinem Verständnis noch nicht einem planvollen Vorgehen. Spätestens im Wettbewerb sei zu klären, wie die Kulturmeile und das Areal hinter dem Hauptbahnhof verknüpft werden könnten. StR Körner verweist auf das Stadtentwicklungskonzept, das in seiner Strategie darauf abhebe, die Kulturmeile zu einem Kulturband weiterzuentwickeln, von Marienplatz, Österreichischer Platz, Wilhelmsplatz, Charlottenplatz zum Gebhard-Müller-Platz, aber auch darüber hinaus bis zum Kursaal nach Bad Cannstatt. Diese Strategie spreche dafür, an der Ecke Schillerstraße/Willy-Brandt-Straße - das Grundstück habe seine Fraktion zunächst für ein Interimsquartier für die Oper ins Gespräch gebracht - eine Verbindung zu dem Kulturquartier hinter dem Hauptbahnhof vielleicht mit einem neu gebauten Lindenmuseum als Haus der Kulturen zu schaffen.

Weiter ergebe sich daraus, die Cannstatter Straße und deren mögliche Überdeckelung in den Blick zu nehmen, die in einer Vorbereitenden Untersuchung als Möglichkeit präsentiert worden sei. Im Wettbewerb würden die Bezüge zu den benachbarten Quartieren eine ganz zentrale Rolle spielen müssen. Mit einer Überdeckelung der Cannstatter Straße könnte nicht für die Entwicklung des Rosensteinquartiers, sondern auch für die Stadt insgesamt sehr viel erreicht werden. Am heutigen Tag, so StR Körner abschließend, könne seine Fraktion der Vorlage zustimmen, wenn Anfang 2018 die offenen Fragen angegangen würden.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) vermisst in der Vorlage, dass als Grundlage für den Wettbewerb der Masterplan 100 % Klimaschutz genannt wird. OB Kuhn habe sich im Unterausschuss entsprechend geäußert. Auch zur Frage der Bürgerbeteiligung fehlten ihm genauere Informationen. Er schlage vor, wie beim Wettbewerb für das Eiermann-Areal in Stuttgart-Vaihingen vorzugehen.

Was den Zeitplan angehe, so sei aufgrund der Verzögerungen beim Projekt Stuttgart 21 eher damit zu rechnen, dass bis zur IBA 2027 vom Quartier Rosenstein noch gar nichts zu sehen sei. Die Räumung des Gleisvorfeldes stehe "auch noch in den Sternen". StR Pantisano kritisiert, dass neue Ideen zum Kulturquartier von OB Kuhn, StR Kotz und StR Körner gemacht würden, obwohl es schon eine Beteiligung mit einem Memorandum als Ergebnis gegeben habe. Die Idee eines Kulturquartiers hinter dem Hauptbahnhof habe im Rahmen des Memorandums keine Rolle gespielt. Die Fraktionsgemeinschaft habe die Vorstellung, an dieser Stelle einen wichtigen Klimaschutz für die Stadt herzustellen und entweder die Gleisvorfläche zu erhalten oder einen Park herzustellen.

Zuletzt geht StR Pantisano auf die Ziffer 8 des Beschlussantrags ein. Er sei bisher davon ausgegangen, dass man sich einig sei, die Grundstücke nicht zu vermarkten. Es

solle - dies sei auch eine der Überlegungen aus der Schlichtung gewesen - eine Stiftung geben. Er bitte um nähere Informationen.

StR Zeeb (FW) signalisiert "freudige Zustimmung" zu der Vorlage, mit der endlich etwas vorangehe, wozu der gemeinsame Antrag sicherlich beigetragen habe. Es handle sich um ein hochkomplexes Gebiet. Viele technische Fragen zur Machbarkeit seien noch nicht in der nötigen Tiefe beantwortet. Der Ideenwettbewerb werde eher zu weiteren offenen Fragen führen, was in der Zeitplanung zu berücksichtigen sei.

StR Zeeb macht auf den Antrag Nr. 923/2017 seiner Fraktion vom gestrigen Tag aufmerksam, "Rosensteinviertel - Welche Punkte aus GRDRs 488/2015 sind abgearbeitet, welche nicht?". In dieser Mitteilungsvorlage zum Haushaltsplan 2016/2017 habe die Stadtverwaltung dargestellt, welche Schritte sie zur Entwicklung des Rosensteinviertels für notwendig hält, welche Themen zu bearbeiten sind und welche Mittel dafür erforderlich sind. Seine Fraktion bitte um Auskunft, welche der im Haushalt 2016/2017 bereitgestellten Mittel in Höhe von 600.000 € bisher verbraucht wurden. In diesem Zusammenhang erinnert der Stadtrat an die noch ausstehende Beantwortung des Antrags Nr. 64/2017 vom 08.03.2017, "Auswirkungen bei einer Veränderung des City-Rings".

Bei der Bürgerbeteiligung, so StR Zeeb weiter, sollten seines Erachtens die Überlegungen der IG Bürger für Baden-Württemberg, die kompetent besetzt seien, einbezogen werden. Was StR Körner zu einer Verbindung zwischen Kulturmeile und Kulturquartier hinter dem Hauptbahnhof angeregt habe, halte er für eine durchaus bemerkenswerte und weitreichende Überlegung.

Auch StR Klingler (AfD) begrüßt die Vorlage. Das Gebiet Rosenstein werde aufgrund seiner Lage die Aussicht auf die Stadt aus vielen Bereichen verändern. Umso wichtiger sei die Bürgerbeteiligung, die in den letzten Jahren stattgefunden habe. Viele der Vorschläge aus der Beteiligung seien in die Vorlage eingearbeitet worden. Im Gebiet Rosenstein werde das sonst immer eingeforderte Flächenmanagement aus Sicht seiner Fraktion gut funktionieren, wenn man mit Bedacht etwas Gutes entwickle. Dann könnten die Wohnbauziele in einem urbanen Stadtteil erreicht werden. Zu hoffen bleibe, dass die Bahn die Bauarbeiten zu Stuttgart 21 rechtzeitig abschließen werde.

Zu der von StR Körner angesprochenen Überdeckelung der Cannstatter Straße weist StR Conz (FDP) darauf hin, dass seine Fraktion schon seit langem dafür plädiere, die großen Verkehrsachsen in der Stadt zu überdeckeln, um sie städtebaulich zu nutzen und trennende Schneisen zu überbrücken. Er äußert sich zufrieden darüber, dass die Entwicklung des Rosensteinquartiers nun intensiv von der Verwaltung bearbeitet wird.

StR Dr. Schertlen (STd) macht auf das Anliegen der STAdTISTEN aufmerksam, in dem neuen Stadtviertel den benötigten Raum für eine Art Künstlerdorf zu schaffen. Auch die Hochkultur brauche einen solchen Nährboden. Er könne der Vorlage zustimmen. Zu Ziffer 8 des Beschlussantrags sei noch zu klären, was im Detail gemeint sei. Dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung und dem Team rund um Frau zur Brügge gebühre der Dank für die geleistete Arbeit, die sich aufgrund der ständigen Verzögerungen beim Projekt Stuttgart 21 alles andere als einfach gestalte.

Lobend zu erwähnen sei auch der Einbezug der Stadtgesellschaft. Er wünsche sich attraktive Formate, die den Stuttgartern Lust machten, sich einzubringen. Erfreulicher-

weise könnten fast alle historischen Bauwerke im Gebiet des Rosensteins erhalten werden. Sie müssten dann zukünftig sinnvoll genutzt werden.

OB Kuhn nimmt zu einigen Anmerkungen Stellung. Er führt aus, die Vorlage enthalte aus seiner Sicht ein stimmiges Konzept für das weitere Vorgehen. Der Gemeinderat habe mit seinem Antrag dazu beigetragen, viele Punkte zu konkretisieren. Für die Stadtgesellschaft sei wichtig, dass - nach einer guten Vorbereitung mit Bürgerbeteiligung - am Ende der Gemeinderat entscheide.

In vielen Gesprächen, auch mit Aufbruch Stuttgart e. V. , habe er immer betont, dass es in Stuttgart nicht nur eine Kulturmeile entlang der Konrad-Adenauer-Straße gebe, sondern dass der Begriff Kulturband die Situation besser beschreibe. Sein Vorschlag, darüber nachzudenken, ob auf dem Gebiet A3, vielleicht in A2 hineinragend, drei kulturelle Einheiten zusammengefasst werden könnten, sei noch nicht als Festlegung zu verstehen. Es müssten verschiedene Varianten untersucht werden. Es sei beabsichtigt, dies in einem Prozess gemeinsam mit dem Gemeinderat zu erarbeiten und diesen Prozess auch in die Gesellschaft zu öffnen im Sinne einer richtigen Beteiligung.

Was das Thema Wohnen angehe, seien in der Zeitstufenliste 7.500 Wohnungen vorgesehen. Die eigentlich spannende Frage, auch hinsichtlich der IBA 2027, liege darin, wie wirklich sozial gemischt gewohnt werden könne. Selbstverständlich müssten in dem Quartier auch für Menschen mit geringem Einkommen Wohnungsmöglichkeiten angeboten werden. Zum Zeitplan sei zu sagen, dass in bestimmten Teilen des Geländes - C1 z. B. - auch schon gebaut werden könne, bevor das Projekt Stuttgart 21 abgeschlossen sei.

Im Rahmen der Wettbewerbe werde natürlich der modernste Stand bei Energie und Verkehr zu beachten sein. Die Ziffer 8 des Beschlussantrags bedeute, dass der Gemeinderat über die Frage, wie mit den Grundstücken umgegangen werde, in einem gemeinsamen Konzept zu beschließen sei. Es gebe verschiedene Möglichkeiten: Die Stadt könne z. B. alle Grundstücke behalten und Bauformate vergeben, oder sie könne bestimmte Grundstücke z. B. an Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften vergeben. Eine weitere Möglichkeit sei die erwähnte Stiftung. Nicht geplant sei, Grundstücke an große Investoren zu verkaufen, die "nach dem Modell Europaviertel bauen". Grundlage werde die politische Entscheidung sein, was gebaut werden solle. Damit bleibe die Gestaltungsfähigkeit der Stadt Stuttgart bewahrt.

Ein zentrales Versprechen, auch der Befürworter von Stuttgart 21 vor dem Volkentscheid, sei immer gewesen, dass die Parkfläche im Bereich des Paketpostamts Eiermannstraße vergrößert wird. Daher könne das Paketpostamt nur interimswise genutzt werden. Was die Frage angehe, wie bis zur Auslobung des Wettbewerbs schon ein Grundansatz des Gemeinderats hinsichtlich einer kulturellen Feinplanung vorliegen könne, werde sich die Verwaltung um ein entsprechendes Format kümmern.

BM Pätzold ergänzt, zum Thema Bürgerbeteiligung sei die Verwaltung dabei, zu überlegen, wie das Forum Rosenstein weiterentwickelt oder eingebunden werden könne. In den Bezirksbeiratssitzungen habe er schon darauf hingewiesen, dass geplant sei, sowohl bei der Auslobung des Wettbewerbs als auch nach der ersten und der zweiten Phase die Bürgerinnen und Bürger in einem geeigneten Format einzubinden. Mit dieser Vorgehensweise habe man beim Wettbewerb zum Eiermann-Areal gute Erfahrungen gemacht.

OB Kuhn stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt dem Beschlussantrag der GRDRs 617/2017 Neufassung bei 15 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zu.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 5. BVinnen Mitte, Nord, Ost
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN